

Putin vermittelt nun für Kim

Russland will Atomkonflikt auf koreanischer Halbinsel lösen



Freundschaftliche Atmosphäre: Kim Jong Un (35), Machthaber von Nordkorea, und Wladimir Putin (66), Präsident von Russland, stehen lächelnd bei ihrem ersten gemeinsamen Gipfel in Wladiwostok zusammen.

FOTO: ALEXANDER ZEMLIANICHENKO/AP POOL/DPA

VON ULF MAUDER
UND ANDREAS LANDWEHR

Wladiwostok – Sein Urteil über den nordkoreanischen Machthaber Kim Jong Un formulierte Kremlchef Wladimir Putin betont freundlich. Ein „ziemlich interessanter, inhaltsstarker Gesprächspartner“ sei sein Gast, meinte der 66-jährige Putin. Kim könnte sein Sohn sein – und zumindest Reporter im Tross des russischen Präsidenten machten sich in der Hafendstadt Wladiwostok dann auch lustig über den jungen Mann. Sie veröffentlichten einen Clip davon, wie der 35-Jährige im Tagungsort der Fernöstlichen Universität nervös mit seinen Fingern spielte, als er vor Putin und dem streng wie ein Professor schauenden russischen Außenminister Sergej Lawrow saß. Ihre Finger lagen still auf dem Tisch, während Kim teils in seine Notizen schaute.

Denuklearisierung ist das Ziel

Auch die Russen hatten sich – als Nachbarland von Nordkorea – zuletzt immer wieder besorgt gezeigt, wenn der von US-Präsident Donald Trump so bezeichnete „kleine Raketenmann“ wieder mal einen Atomtest zündete.

Aber Putin und sein Chefdiplomat neigten da nie zu Beschimpfungen. Bei dem mehrstündigen Treffen mit Kim – dem ersten der beiden überhaupt – machte Putin deutlich, dass Moskau und Washington ein gemeinsames Ziel haben: die Denuklearisierung Nordkoreas.

Dabei zeigte sich Putin verständnisvoll und betonte, dass Kim ein Anrecht darauf habe, Nordkorea als eigenständigen Staat zu führen. Und wenn er tatsächlich auf die Atomwaffen verzichte, dann brauche er internationale Sicherheitsgarantien.

Bei der koreanischen Schachvariante wird der König von zwei Wächtern in seinem Palast beschützt. Und als stehe der nordkoreanische Machthaber Kim Jong Un vor der nächsten Partie gegen den US-Präsidenten Donald Trump um die Abrüstung seiner Atomwaffen, stellt er seine Figuren auf.

Ein Wächter für ihn ist zweifellos Chinas Präsident Xi Jinping. Bei mehreren Staatsbesuchen hat Kim sich versichert, im Zweifel den riesigen Nachbarstaat an seiner Seite zu wissen. Sein

Dann müssten die Sanktionen fallen. Diese russische Linie für eine mögliche Lösung des Atomstreits will Putin auf Bitten von Kim nun als Vermittler in dem festgefahrenen Streit auch der US-Seite überbringen.

Mehrere Stunden verbrachte Putin mit Kim für eine wohl auf lange Sicht angelegte Beziehung. Kim wiederum konnte sich nach dem gescheiterten Gipfel mit US-Präsident Donald Trump vor zwei Monaten in Hanoi wieder als hofierter Staatsmann auf internationaler Bühne präsentieren. Er folgt damit

einer alten nordkoreanischen Taktik: Wenn die Spannungen mit den USA zunehmen, wendet sich Nordkorea wieder seinen Nachbarn und traditionellen Freunden China und Russland zu, um Unterstützung zu suchen.

Schwert und Säbel getauscht

Er schenkte Putin ein Schwert, Putin gab ihm ein Teeservice und einen Säbel mit auf dem Weg. Weil das Schenken messerscharfer Gegenstände im Russischen immer von Aberglauben behaf-

tet ist, tauschten beide Münzen aus. Das soll mögliches Böses abwenden.

Voll auskosten konnte Kim auch die legendäre russische Gastfreundlichkeit. Gab es am Mittwoch bei der Einreise noch traditionell Brot und Salz, so ließ der Gastgeber für die Delegation am Donnerstag unter anderem Krabbensalat, mit Hirschfleisch gefüllte Pelmeni und Schokotörtchen samt Chardonnay und Merlot servieren. Noch bis Samstag will Kim in der Hafendstadt bleiben. Geplant waren Besuche im Theater und im Delfinarium. dpa

KOMMENTAR

Treffen in Wladiwostok

Der zweite Wächter im Atomspiel

VON FLORIAN QUANZ



zweiter Wächter im Spiel ist nun Russlands Präsident Wladimir Putin.

Konkrete Ergebnisse waren vom Treffen zwar von vornherein nicht zu erwarten. Die vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Wirtschaftssank-

tionen sind auch für Russland bindend. Zudem wünscht sich auch Putin eine Denuklearisierung der koreanischen Halbinsel. Aber wie China fürchtet er US-Soldaten an seiner Landesgrenze. Die Existenz Nordkoreas ge-

nißt da hohe Priorität. Putin unterstrich mit dem Treffen zudem, dass er im Spiel um das Schicksal Nordkoreas ein ernst zu nehmender Akteur ist und Trump das Feld nicht allein überlässt.

Kim Jong Un hat sich Rückendeckung vom Nachbarn gesichert. Sollte Trump seine Strategie ändern und Nordkorea mit dem Militär drohen – Kim könnte dies nun mit einem Lächeln quittieren. Mit Xi und Putin an seiner Seite. Nun ist Trump wieder am Zug – die Partie ist eröffnet. flq@hna.de

Kantiger Volkstribun mit politischem Ballast

KOPF DES TAGES Ex-Vize Joe Biden (76) will für US-Präsidentschaftswahl kandidieren

VON FRANK HERRMANN

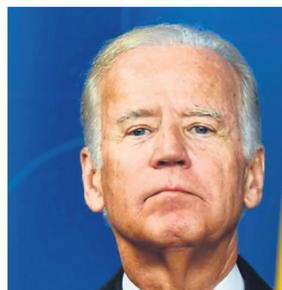
Washington – Seit Monaten spekulieren amerikanische Medien darüber, ob Joe Biden (76) seinen Hut wohl in den Ring werfen wird. Er selber ließ bisweilen an eine Sphinx denken, mal klang er fest entschlossen, mal zweifelnd. Er wolle den Leuten nicht ihre wertvolle Zeit stehlen. Wahlhelfern nicht aufopferungsvolle Arbeit abverlangen, wenn nicht klar sei, dass er echte Chancen habe, von den Demokraten zum Kandidaten fürs Weiße Haus gekürt zu werden, sagte er noch im März vor Studenten. Nun sind die Würfel gefallen. Gestern verkündete der Veteran per Video seine Bewerbung für das Präsidentenamt.

Biden reiht sich ein in ein Kandidatenfeld, das so groß

ist wie selten zuvor, schon jetzt angewachsen auf über 20 Namen. Der Andrang hat damit zu tun, dass sich die Opposition gute Chancen ausrechnet, Donald Trump nach nur vier Jahren im Oval Office abzulösen.

Obwohl er seit fünf Jahrzehnten in Washington Politik macht, hat er sich eine Bodenständigkeit bewahrt, zumindest in der Rhetorik. Was immer er fürs Leben gebraucht habe, betont er, habe er in Scranton gelernt, der Industriestadt in Pennsylvania, in der er aufwuchs.

Schon 2016, glauben seine Fans, hätte der kantige Volkstribun im Wettstreit mit Trump bessere Karten gehabt als Hillary Clinton. Dass der damalige Vizepräsident, der Stellvertreter Barack Obamas, auf eine Kandidatur ver-



Will Präsident der USA werden: Joe Biden.

FOTO: ANDERS WIKLUND/DPA

zichtete, lag an einem Schicksalsschlag. Er trauerte um Beau, seinen 46-jährig an Krebs verstorbenen Sohn.

Biden hat früh davon geträumt, einmal im Weißen Haus zu residieren. Er war Mitte zwanzig, als ihn die Mutter seiner ersten, später tragisch verunglückten Frau

Neilia nach seinen Karrierezielen fragte und zur Antwort bekam: „Präsident. Präsident der Vereinigten Staaten.“ Er war 30, gerade zum Senator gewählt, als das Auto mit Neilia am Lenkrad gegen einen Sattelschlepper prallte. Seine Gattin und die einjährige Tochter Naomi starben, während die Söhne Hunter und Beau, zwei und drei, wochenlang im Krankenhaus lagen. Biden trug sich mit Selbstmordgedanken.

Zweimal bewarb er sich bislang fürs Präsidentenamt, beide Male jedoch ohne Erfolg. 1988 wurde ihm zum Verhängnis, dass er ganze Passagen einer Rede des britischen Labour-Politikers Neil Kinnock übernommen hatte. 2008 stand er chancenlos im Schatten Obamas und Clintons.

Auch diesmal schleppt er politischen Ballast mit sich herum. Er hat den Einmarsch im Irak unterstützt, davor, in den Neunzigern, plädierte er für drakonische Strafen. Was in der Umsetzung dazu führte, dass Amerikas Gefängnisse aus allen Nähten platzten. Auch weil der Besitz von Crack-Kokain, welches Afroamerikaner am ehesten konsumieren, ungleich härter geahndet wurde als der von Kokainpulver, das Rauschmittel der Weißen, waren es überproportional viele schwarze Amerikaner, die hinter Gittern landeten.

Das alles wird Biden Skeptikern erklären müssen. Oder dass er Frauen anfasste oder an ihrem Haar roch, wenn diese sich, mit ihm im Rampenlicht stehend, nicht zu wehren trautes.

Kritik an russischen Pässen für Ostukraine

Brüssel/Kiew – Die Regierungen in Berlin und Paris sowie die EU haben die erleichterte Vergabe russischer Pässe an Bürger in der Ostukraine scharf kritisiert.

Kremlchef Wladimir Putin hatte zuvor ein Dekret unterzeichnet, das Menschen in „einzelnen Kreisen“ der Gebiete von Donezk und Luhansk in einem vereinfachten Verfahren ermöglicht, russische Staatsbürger zu werden. Damit baut Russland seinen Einfluss in dem Gebiet weiter aus.

Das Auswärtige Amt in Berlin verurteilte gestern im Kurzbotschaftendienst Twitter das Dekret. Die betroffenen Regionen seien Teil des ukrainischen Staatsgebietes. „Dies ist das Gegenteil des jetzt dringend gebotenen Beitrags zur Deeskalation.“ Eine Sprecherin der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini sprach gestern in Brüssel von einem weiteren Angriff auf die Souveränität der Ukraine.

Putin verteidigte dagegen sein Vorgehen: In anderen Ländern sei es seit Langem Praxis, dass sie Ukrainern Pässe ausstellten. Er nannte Polen, Ungarn und Rumänien. Putins Dekret folgte nahezu unmittelbar auf die Präsidentschaftswahl in der Ukraine, bei der sich am Sonntag Wolodymyr Selenskyj deutlich gegen Amtsinhaber Petro Poroschenko durchgesetzt hatte. dpa/afp

KURZ NOTIERT

Ukraine: Gesetz soll Russisch verdrängen

Das ukrainische Parlament will die russische Sprache aus dem Alltag verdrängen. Die Abgeordneten verabschiedeten mit einer deutlichen Mehrheit eine Gesetzesnovelle. Die Neuerung schreibt nach einer Übergangszeit eine zwingende ukrainische Version für alle Massenmedien und Unternehmen vor. Für knapp ein Drittel der Ukrainer ist Russisch die Muttersprache.

Russische Firma will Hafen mieten

Der russische Konzern Strojtransgas will den syrischen Mittelmeerhafen Tartus für 49 Jahre mieten. Ein Abkommen für die Verwaltung, Erweiterung und Nutzung des Hafens stehe kurz vor dem Abschluss, sagte der syrische Verkehrsminister Ali Hammud der regierungsnahen Zeitung Al-Watan. Die Firma werde 500 Millionen Dollar in die Anlage investieren.

Abtreibungsgegner sorgt für Empörung

Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hat den Betreiber einer privaten Kapelle in Bayern scharf kritisiert: Dort bezeichnen Inschriften Schwangerschaftsabbrüche als „Holocaust“ an ungeborenen Kindern. Damit werde der Massenmord an den europäischen Juden relativiert, sagte Schuster der Tageszeitung taz.